

Reichssicherheitshauptamt IV (Geheimes Staatspolizeiamt):

Esperanto.¹

Erstfassung vor 19. August 1996

Aus einer zionistischen Bewegung heraus (Chawewe Zion) ist der polnische Jude Samenhof², s. Zt. Augenarzt in Warschau, hervorgegangen. Er erstrebte die Verwirklichung des jüdischen Weltreiches gemäss dem Prophetenwort Jesaja 2, 2-4, also ein Friedensreich unter jüdischer Führung. Alle Völker sollten sich freiwillig dem Judentum unterordnen. Durch "friedliche" Durchdringung und Zersetzung der Wirtsvölker sollte dieses Ziel erreicht werden. Als Mittel dienten Samenhof

ein hemmungsloser Pazifismus,

eine von ihm stammende neue Religion, Homaranismus, als Vorstufe zur jüdischen Religion und

die von ihm erfundene Einheitssprache "Esperanto", die auf die Wege gleicher Lektüre für die Menschen aller Völker, Farben und Klimate, gleicher Erziehung, Ideale, Überzeugungen und Bestrebungen allmählich zum allgemeinen Völkerbrot führen sollte.

Alle drei Bestrebungen zusammen genommen, nicht etwa nur die Propaganda für die Einheitssprache, bilden den Esperantismus, der seit etwa 1905 die Rolle einer Hilfswaffe des Judentums spielt.

Als besondere Massnahmen waren u. a. vorgesehen:

Internationale Presse, erst teilweise, dann ganz in Esperanto:

internationales Bücherwesen;

internationale Arbeitsvermittlung und Freizügigkeit.

"Esperanto" lediglich als Hilfssprache für den internationalen Verkehr anzusehen, ist falsch.

Die Kunstsprache Esperanto ist ein Teil des Esperantismus, der Waffe der Juden.

¹Zusammenfassender Bericht o. V. (Endredaktor war vermutlich Werner BEST), 8. Juni 1940 - BA R 58/384 Bl. 217-227

²Die Interlinguistik schreibt den Namen inzwischen durchgehend Zamenhof. Der Text enthält im übrigen zahlreiche falsche oder zumindest problematische Tatsachenbehauptungen, auf die ich in einer späteren Veröffentlichung einzugehen gedenke.

In Deutschland lag die Führung in Händen des B'nai-B'rith-Juden Arnhold in Dresden. Der Esperantismus hatte schon immer eine deutschfeindliche Haltung, die mit ihren kulturzersetzenden Tendenzen hauptsächlich in der Nachkriegszeit (nach 1918) klar zu Tage trat.

Gerade in der Zeit nach 1918 konnte der Esperantismus in Deutschland sehr gut Fuss fassen. Die linksgerichteten Parteien und Kreise bedienten sich der Kunstsprache "Esperanto". Die Leitung fast aller Esperanto-Bünde lag in Händen von Juden und Freimaurern. Von den Regierungen der Systemzeit wurde diese Sprache sehr gefördert, da sie die Ideen des Marxismus und Kommunismus in Schriften sehr propagierte und so ein ausgezeichnetes internationales Organ der Weltverbrüderungsidee dieser Weltanschauungen war, welcher sich der Jude zur Erreichung seines Zieles - Weltherrschaft - bediente.

Wenn auch in späteren Jahren in Deutschland einige wenige national-gesinnte Leute glaubten, Esperanto im staatszutraglichen Sinne fördern und verbreiten zu müssen, so haben die Erfahrungen in der darauffolgenden Zeit immer wieder gelehrt, dass dieses eine gänzlich irrige Ansicht ist. Trotz Gleichschaltung nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus konnten selbst politisch durchaus einwandfreie Leiter von solchen Vereinen Versuche staatsfeindlicher Betätigung in ihren Reihen nicht verhindern. Ein grosser Teil der Mitgliedschaft dieser Vereine setzte sich aus der Arbeiterschaft zusammen, die beruflich die Esperantoschrift und -sprache nie verwerten konnte, sondern sich ihrer nur für ihre illegale politische Tätigkeit bedienten.

Im Altreich haben nachstehend aufgeführte Esperanto-Organisationen bestanden:

I. "Christlicher Esperantobund."

Die Vereinigung hatte in Deutschland nur Einzelmitglieder und war verhältnismässig unbedeutend und ist dann auch später gänzlich eingeschlafen. Sie vertrat einen verworrenen Pazifismus auf religiöser Grundlage.

II. "Katholische Esperanto-Gruppen".

Vor längerer Zeit bestand ein "Esperanto-Verband deutscher Katholiken". Später sind davon einige katholische Esperanto-Gruppen übrig geblieben, die entweder geschlossen dem Deutschen Esperanto-Bund angehörten oder deren einzelne Mitglieder sich diesem anschlossen.

Die Einstellung der katholischen Esperantisten entsprach etwa der der katholischen Jugendverbände, katholischen Gesellenvereine usw.

III. "Deutscher Arbeiter-Esperanto-Bund".

(Laborista Esperanto Asocio)

Der Verband, der vollkommen kommunistisch eingestellt war, ist Anfang 1933 polizeilich aufgelöst worden, er hatte über 4000 Mitglieder. Ein Teil dieser Mitglieder ging zum "Deutschen Esperanto-Bund" über.

IV. "Sozialistischer Esperanto-Bund".

Socialista Esperanto Asocio)

Diese Vereinigung hatte Anfang 1933 gegen 2000 Mitglieder und war ausgesprochen marxistisch-sozialdemokratisch eingestellt. Um einer polizeilichen Auflösung vorzuzukommen, hat sie sich Mitte 1933 selbst aufgelöst.

V. Der "Deutsche Esperanto-Bund e. V."

(Germana Esperanto Asocio)

Der Bund wurde etwa im Jahre 1905 gegründet und stand auf nationaler Grundlage. Im Jahre 1933 hatte er ca. 2200 Mitglieder, dieser Bestand reduzierte sich 1935 bis auf ca. 1500 - 1600.

VI. "Die Neue Deutsche Esperanto-Bewegung".

Diese Vereinigung wurde im Jahre 1931 durch den *Parteigenossen* Herbert Wohlfahrt gegründet. Nach ihrer Satzung sollte die NDEB nur arische Volksgenossen aufnehmen, deren nationalsozialistische Einstellung nachgeprüft werden sollte. Dieses wurde jedoch nicht durchgeführt, es wurden Kommunisten und Marxisten als Mitglieder aufgenommen.

VII. Der "Deutsche Ido-Bund".

Das "Ido" ist eine wenig verbreitete Abart des Esperanto. Der Bund wurde im Jahre 1932 gegründet und zählte 25 Mitglieder. Es ist anzunehmen, dass es sich bei diesem Bund um eine Nachfolgeorganisation des ehemaligen internationalen "Arbeiter-Ido-Bundes" gehandelt hat, der es sich zur Aufgabe gestellt hatte, Ido unter den Proletariern zu verbreiten, um die Parole von Karl Marx "Proletarier aller Länder vereinigt euch" zu verwirklichen.

Ausser diesen Organisationen bestanden noch folgende kleinere Vereinigungen:

VIII. "Kaufmännische Esperanto-Union".

(Komercesta Esperanto-Unio)

Die Union wurde 1921 gegründet und unterstand dem DEB. Am 15.12.1934 löste sie sich von dem DEB und wurde selbständig. Diese Vereinigung diente in der Hauptsache der kaufmännischen Werbung, sie hatte zuletzt nur 7 Mitglieder.

IX. "Esperanto-Verband Deutscher Eisenbahner".

Diese Organisation ist nie besonders in Erscheinung getreten und hat sich selbst aufgelöst.

X. "Esperanto-Klub".

(Amica-Rondo)

Sitz Berlin. Der Klub hatte nur örtliche Bedeutung und war nur 8 Mitglieder stark. Ausser einem Volljuden sind 2 der Mitglieder wegen staatsfeindlicher Betätigung im hiesigen Archiv notiert.

Weiter sind noch drei grössere Organisationen bekannt geworden, die auch Mitglieder in Deutschland hatten, jedoch ihren Sitz nicht im Inlande haben. Es sind dies:

A. Die "Internationale Esperantistische Vereinigung" auch "Esperanto-Weltbund" genannt.
(Universala Esperanto Asocio)

Der Sitz ist in Genf, eine internationale Vereinigung bürgerlich-liberalistischer Prägung zur neutralen Anwendung des Esperanto auf dem Gebiet des Reiseverkehrs usw. Der Bund hatte auch in Deutschland ehrenamtlich tätige Ortsvertreter, sogenannte "Delegierte", die grösstenteils dem "Deutschen Esperanto-Bund" angehörten. Da der Esperanto-Weltbund besonders im Auslande stark mit Juden und Pazifisten durchsetzt ist, aber auch in Deutschland jüdische Mitglieder hatte, war auch auf diesem Wege eine politische Beeinflussung der deutschen Esperantisten vom Auslande her Tatsache geworden.

B. "Nationsloser Esperanto-Bund".

(Sennacieca Asocio tutmonda)

Eine internationale Vereinigung in ausgesprochen proletarisch-kommunistischer Richtung, sie wurde im Jahre 1933 für das gesamte Deutsche Reichsgebiet verboten. Der Sitz ist in Paris.

C. Der "Deutsche Occidental-Sprachbund"

zählte im Reich 24 Mitglieder. Der Sitz befindet sich in Chapelle (Vand) Schweiz.

Die meisten Vereinigungen wurden nach der Machtübernahme als Unterorganisationen der verbotenen Parteien aufgelöst bzw. lösten sich selbst auf.

1935/36 wurde im Reich eine rege Tätigkeit in der Esperantobewegung festgestellt. Es bestanden zu der Zeit noch

1. Der "Deutsche Esperanto-Bund",

2. Die "Neue Deutsche Esperanto-Bewegung",
3. Der "Deutsche Ido-Bund",
4. Die "Kaufmännische Esperanto-Union" und
5. Der "Esperanto-Klub".

In den Vereinigungen wurden neue Mitglieder laufend nach Ausfüllung einer Beitrittserklärung aufgenommen. Es war somit ein leichtes für ehemalige marxistische und kommunistische Elemente, dort Unterschlupf zu finden, um ihre illegale Tätigkeit in diesen Vereinigungen weiterzuführen. Diese Vereinigungen wurden somit ein Sammelbecken marxistisch-kommunistischer Kreise.

Im Jahre 1935 konnte die staatsfeindliche Betätigung der Esperantisten zwei Mal bewiesen werden.

Im März 1935 wurden von der Staatspolizeistelle Düsseldorf 36 Personen wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen. Davon gehörten allein 29 Personen der "Neuen Deutschen Esperanto-Bewegung" an. Einer der Festgenommenen erklärte bei seiner Vernehmung, dass die "Neue Deutsche Esperanto-Bewegung" die einzige kommunistische Organisation Deutschlands sei, die legal arbeite; die Reichsleitung dieser Bewegung bestünde aus Parteigenossen, und man könnte unter diesem Mantel ungestört arbeiten.

Etwa um die gleiche Zeit gelang es der Staatspolizeistelle Münster eine grössere KPD-Organisation aufzudecken. Es wurde eine umfangreiche Flugblattverteilung in der Ortsgruppe Bottrop des "Deutschen Esperanto-Bundes" festgestellt. Als Verteiler der hochverräterischen Druckschriften kamen von den Beschuldigten die Personen in Frage, die vor der nationalen Erhebung dem "Arbeiter Esperanto-Bund" angehört und 1934 Aufnahme im "Deutschen Esperanto-Bund" gefunden hatten.

Auf Grund dieser Ermittlungen und zahlreicher Anregungen auch von Privatpersonen bestand beim Geheimen Staatspolizeiamt zunächst die Absicht, sämtliche Esperanto- und Kunstsprachenverbände aufzulösen.

Hierzu wurden um Stellungnahme der Herr Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda angegangen. Beide Minister stimmten der Auflösung und dem Verbot der Esperanto-Vereinigungen zu. Der erstere bedenkenlos, der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda machte jedoch folgende Bedenken geltend:

"Es gibt im Ausland unter den Millionen Anhängern des Esperanto gewiss eine sehr grosse Zahl, die unpolitisch sind und nur die ideelle Seite der Bestrebungen des Esperanto sehen. Bei

allen diesen Menschen wird eine in ihren Augen als vollkommen harmlos erscheinende Tätigkeit, wie dies ja das Erlernen einer neuen Sprache ist, den Eindruck erwecken, dass in Deutschland selbst solche Verbände verfolgt werden. Diese Auffassung wird natürlich in unzähligen Schriften, die die Esperanto-Vereinigungen auf der ganzen Welt vertreiben, vertreten werden. Auch die ausländische Presse wird diese Gelegenheit zur Propaganda gegen Deutschland wahrnehmen.

Gerade die kommunistischen und marxistischen Elemente in den Esperanto-Vereinigungen, die den Grund des Verbotes erraten werden, werden diese Propaganda am meisten betreiben.

Da in dem erwähnten Bericht vom 3. des Monats festgestellt wird, dass es sich bei einem grossen Teil der Mitglieder um Parteigenossen und Personen handelt, die irgend einer Gliederung der NSDAP angehören, empfehle ich, von einem offiziellen Verbot zunächst Abstand zu nehmen und diese Parteigenossen zu veranlassen, dass sie mit der Begründung eines mangelnden Interesses und daraus folgenden finanziellen Schwierigkeiten sich selbst auflösen. Mit etwas Druck müsste eine solche Selbstauflösung ohne weiteres möglich sein und der zu erwartenden Propaganda gegen uns wird die Spitze genommen.

Sollte dieser Weg nicht gangbar sein, so habe ich auch gegen ein offizielles Verbot nichts einzuwenden."

Auf Grund dieser Stellungnahme des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda wurde am 21.1.1936 durch das Geheime Staatspolizeiamt der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Hess, gebeten, durch Parteibefehl die Zugehörigkeit zu sämtlichen Kunstsprachen-Vereinigungen zu untersagen, da die Pflege einer internationalen Mischsprache den völkischen Belangen des nationalsozialistischen Staates widerspricht.

Daraufhin erging vom Stellvertreter des Führers nachstehende Anordnung:

"Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Stellvertreter des Führers

Stabsleiter.

München, den 18.2.1936

Anordnung 29/36

"Da die Schaffung einer internationalen Mischsprache den Grundanschauungen des Nationalsozialismus widerspricht und letzten Endes nur im Interesse überstaatlicher Mächte liegen kann, verbietet der Stellvertreter des Führers allen Parteigenossen und Angehörigen der Gliederungen der Partei die Zugehörigkeit zu Kunstsprachenvereinigungen aller Art.

Unter dieses Verbot fallen in erster Linie "Der Deutsche Esperanto-Bund", "die Neue Deutsche Esperanto-Bewegung" und "Der deutsche Ido-Bund."
gez. M. Bormann."

Am 24. April 1936 gab der Politische Polizeikommandeur der Länder unter B.Nr. 1004/36 II 1 A 1/J einen Erlass heraus, in dem es heisst:

"Aus staatspolitischen Gründen ist ein generelles Verbot der Esperanto-Vereinigungen z. Zt. nicht beabsichtigt. Es bleibt den Politischen Polizeien jedoch überlassen, sofern Gefahr im Verzuge ist, einzelne Ortsgruppen, deren Mitglieder sich staatsfeindlich betätigt haben oder noch betätigen, aufzulösen."

Da dieser Erlass die illegale politische Tätigkeit einzelner Mitglieder von noch bestehenden Esperanto-Organisationen nicht unterband, kam es zu Auflösungen und Verboten der noch bestehenden Esperanto-Vereinigungen bzw. zum Verbot der Betätigung und Zugehörigkeit im Auslande befindlicher Esperanto-Organisationen.

Der Politische Polizeikommandeur der Länder gab am 20.6.1936 folgenden Erlass heraus:

"Preussische Geheime Staatspolizei

Der Stellv. Chef und Inspekteur

Der Politische Polizeikommandeur

B.Nr. 1617/35 - II 1 A 1/J-

Berlin den 20. Juni 1936.

An alle Staatspolizeistellen und die Politischen Polizeien der Länder.

Betr.: Esperanto und Kunstsprachorganisationen.

Am 18.2.1936 hat der Stellvertreter des Führers folgende Anordnung erlassen:

/Es folgt die Anordnung 29/36 siehe vorseitig/...

In Auswirkung dieser Anordnung wird der Deutsche Ido-Bund auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933 (R.G.Bl. IS 83) aufgelöst. Ich werde die Einziehung des Vermögens beim Reichs- und Preussischen Minister des Innern beantragen.

Desgleichen wird auf Grund der genannten Verordnung die Betätigung für die nachstehend aufgeführten Esperanto-Vereinigungen verboten:

1. Für den Esperanto-Weltbund - Universala Esperanto-Asocio - Sitz: Genf.
2. Für den nationslosen³ Esperanto-Bund - Sennacieca Asocio tutmonda - Sitz: Paris.
3. Für den Deutschen Occidental-Sprachbund. Sitz Chapelle (Vand) Schweiz.

Ein formelles Verbot dieser Organisationen kann nicht erfolgen, da sie ihren Sitz im Ausland haben. Den im dortigen Zuständigkeitsbereich wohnenden Mitgliedern ist das Verbot der Betätigung und Zugehörigkeit gegen Unterschrift zu eröffnen.

Die nachstehend genannten Esperanto-Vereinigungen sind aufzufordern, bis zum 15.7. *des Jahres* ihre Selbstauflösung zu veranlassen, widrigenfalls sie mit ihrer zwangsweisen Auflösung gemäss § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933 und Einziehung des Vermögens zu rechnen haben.

1. Der Deutsche Esperanto-Bund - Germana Esperanto Asocio - Anschrift des Bundesleiters: Fritz Thieme, Dresden.
2. Die neue Deutsche Esperantobewegung (DNEB). Reichsgeschäftsleiter Willibald Pie-tsch, Berlin-Kaulsdorf.
3. Der Esperanto-Klub - Amica Rondo - Klubleiter Karl Walter, Berlin
4. Kaufmännische Esperanto-Union - Komercista Esperanto Unio - Radebeul

Sollte im dortigen Bezirk das Bestehen weiterer Esperanto-Organisationen oder Kunstsprachvereinigungen bekannt werden, ersuche ich um eingehenden Bericht mit Vorschlag, ob Selbstauflösung oder Auflösung gemäss *Verordnung* vom 28.2.1933 angebracht ist.

I. A.

gez. Dr. Best."

Dieser Erlass ist dann auch bei den Kunstsprachvereinigungen restlos zur Durchführung gelangt. Der Verlag des Theo Jung hat ebenfalls die Herausgabe der Esperantozeitschriften eingestellt. Den bekannt gewordenen Mitgliedern von den Esperanto-Organisationen, die ihren Sitz im Auslande haben, wurde von den zuständigen Staatspolizeistellen aufgegeben, die Be-

tätigung für irgendeine Esperanto-Vereinigung einzustellen. Zu erwähnen ist hierbei, dass die Auflösung des "Deutschen Esperanto-Bundes" und der "Kaufmännischen Esperanto-Union" aus juristischen und vereinstechischen Gründen nach Fristverlängerung erfolgte.

Die Auflösung der Kunstsprachvereinigung fand im Jahre 1937 ihren Abschluss. Die Auslandspresse hatte sich bemerkenswerterweise in diese innerdeutsche Angelegenheit bis auf einen einzigen Fall nicht eingemischt.

Auf Grund einer Anfrage einer Staatspolizeistelle hatte der Pölistische Polizeikommandeur am 27.8.1936 unter B.Nr. 1617/35 - II 1 A 1/J - folgende Entscheidung getroffen:

"Gegen die Verwendung des Esperanto im Privatschriftverkehr lässt sich nichts einwenden, sofern dies nicht in staatsfeindlicher Absicht oder, um den Zusammenschluss der Esperantisten zu fördern, geschieht."

In der Ostmark wurden zwei Esperantodachorganisationen festgestellt und zwar:

- 1.) "Österreichischer Esperanto-Bund",
- 2.) "Österreichischer Esperantisten-Verband".

Dem "Österreichischen Esperanto-Bund" mit dem Sitz in Wien gehörten 20 Vereine, über die ganze Ostmark verteilt, an. Der Bund hatte in seiner Tätigkeit keine politischen Tendenzen gezeigt und galt als neutral. Der Vorstand sowie die Mehrzahl der Mitglieder galten als katholisch und rechts eingestellt. Der Bund und seine angeschlossenen Vereine zählten ca. 400 Mitglieder.

Der "Österreichische Esperantisten-Verband" hatte auch seinen Sitz in Wien, ihm waren 38 Vereine aus verschiedenen Orten der Ostmark angeschlossen. Dieser Verband zählte etwa 1200 Mitglieder und galt als Nachfolgeverband der ehemaligen Arbeiter-Esperantisten. Der Vorstand des Verbandes und seiner angeschlossenen Vereine sowie die Mehrzahl der Mitglieder waren ehemalige Angehörige der Sozialdemokraten und Kommunistischen Partei Österreichs. Der Präsident Dr. Hugo Jokl war am Tage des nationalen Umbruchs in die Tschechoslowakei geflüchtet. Es bestand der Verdacht, dass die meisten Vereine dieses Verbandes eine verbotene Tätigkeit für die Sozialdemokratische Partei betrieben.

Das Geheime Staatspolizeiamt gab am 1. August 1938 hierzu folgenden Erlass heraus:

"Geheime Staatspolizei

³*Im Original: nationallosen.*

Geheimes Staatspolizeiamt

B.Nr. II A 1-1617/35-

Berlin, den 1. August 1938.

An die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Wien.

Betr.: Esperanto- und Kunstsprachorganisationen in Österreich.

Bezug. Dort. Bericht vom 16.7.38 - II A 2 2286/38 -

Anl. 1 Erlass-Abschrift.

In Anlehnung an die mit Erlass vom 20.6.36 für das damalige Reichsgebiet getroffenen Massnahmen ordne ich hiermit für das Land Österreich folgendes an:

1. Der Österreichische Esperantisten-Verband mit dem Sitz in Wien XIV, Huglgasse Nr. 11, wird auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 (RGB I S 83) aufgelöst. Das Vereinsvermögen ist vorläufig zu beschlagnahmen. Ich werde die Einziehung des Vermögens beim Reichsminister des Innern beantragen.

Von dieser Anordnung betroffen sind sämtliche dem Österreichischen Esperantisten-Verband angeschlossenen Neben- bzw. Unterorganisationen.

2. Der Österreichische Esperanto-Bund ist aufzufordern, bis zum 1.10. d. J. seine Selbstauflösung zu veranlassen, widrigenfalls er mit seiner zwangsweisen Auflösung gemäss Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.33 und Einziehung des Vermögens zu rechnen hat.

Diese Anordnung gilt ebenfalls für die dem Österreichischen Esperantobund angeschlossenen Neben- und Untergliederungen.

Über die getroffenen Massnahmen ist mir zu gegebener Zeit zu berichten.

I. V.

gez. Unterschrift."

Am 31. Januar 1939 erstattete die Staatspolizeileitstelle Wien zu obigem Erlass Vollzugsmeldung.

Für das Sudetengebiet erging am 16.2.1939 an die Staatspolizeileitstelle Reichenberg folgender Erlass:

"Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

B.Nr. 107/39 - II A 4 -

Berlin, den 16. Februar 1939

An die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle - in Reichenberg.

Betr.: Auflösung der Esperanto- und Kunstsprachorganisationen im Sudetengebiet.

Die im Reiche und in der Ostmark bestehenden Esperanto- und Kunstsprachvereinigungen sind gemäss Erlass vom 20.6.36 aufgefordert worden, Selbstauflösung vorzunehmen, andernfalls sie mit ihrer zwangsweisen Auflösung gemäss § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 (RGI I S 83) und Einziehung des Vermögens zu rechnen haben.

In diesem Sinne sind sämtliche Esperanto-Organisationen aufgelöst worden.

Die hiesigen Massnahmen waren notwendig geworden, weil mehrere Esperanto-Organisationen von kommunistischen und marxistischen Elementen als Sammelbecken des Esperanto sowie auch aller übrigen Kunstsprachen im nationalsozialistischen Staat keinen Raum hat und ihre Anwendung dazu führt, wesentliche Werte völkischer Eigenart zu schwächen.

Da für das Sudetengebiet die gleichen Massnahmen beabsichtigt sind, ersuche ich, die dortigen Staatspolizeistellen unmittelbar zum Bericht aufzufordern, welche Esperanto- und Kunstsprachorganisationen dort bestehen unter genauer Angabe der Zahl der Mitglieder, der politischen Einstellung der Vorstände dieser Vereinigungen usw.

Die Berichte sind mir gesammelt bis zum 20.5.1939 vorzulegen.

I. V.

gez. Unterschrift."

Daraufhin meldete die Staatspolizeileitstelle Reichenberg 6.9.1939, dass sie in ihrem Dienstbereich bereits am 16.12.1938 die vorhanden gewesenen 16 Esperanto- und Kunstsprachvereine polizeilich aufgelöst habe. Die Auflösung hat sich reibungslos abgewickelt, in keinem Falle erfolgte eine Selbstauflösung.